

| |
|--|
| <p style="text-align: center;">Fraktion DIE LINKE. (Antrag Nr. 2363/2015)</p> |
|--|

Eingereicht am 22.10.2015 um 14:03 Uhr.

Ratsversammlung 19.11.2015

Antrag der Fraktion DIE LINKE. zu verbindlichen Sozialquoten beim Wohnungsbau

Antrag:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover beschließt, zukünftig beim Verkauf von städtischen Grundstücken einen Passus aufzunehmen, dass in den entsprechenden Baugenehmigungsverfahren beim Wohnungsbau eine Quote von mindestens 25% sozialem Wohnungsbau eingeplant wird. Für hannoversche Wohnungsbaugenossenschaften gelten gesonderte Regeln.

Begründung:

Die Unterversorgung mit bezahlbarem Wohnraum im Gebiet der Landeshauptstadt Hannover erfordert verschärfte Anstrengung im Sozialen Wohnungsbau, um insbesondere Flüchtlinge und finanziell Schwache mit ausreichendem Wohnraum zu versorgen. Dieses Ansinnen wird die LHH auf absehbare Zeit nicht durch ihre Töchterunternehmen GBH und Union und Boden allein bewältigen können. Um etwaig interessierte private Bauträger so früh wie möglich über die Erwartung der Stadt zu informieren, ist dieser Schritt aus Sicht der LINKEN auch ein Gebot der Fairness.

Oliver Förste
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 22.10.2015